



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Der Congreß und Schleswig-Holstein.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

Auf seinem Gut lebte er in stiller Zurückgezogenheit, die politischen Verhältnisse mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgend, seine Zeit erwartend.

Und jetzt durch den Tod des Königs von Dänemark und den Verzicht seines Vaters, durch Erbrecht und Recht seines Volkes Herzog von Schleswig-Holstein, hat er eine öffentliche politische Thätigkeit mit der Besonnenheit und dem festen Entschluß, welche ein Grundzug seines Wesens sind, begonnen. Vierunddreißig Jahr alt, in der Blüthe seiner Kraft, eine stattliche Gestalt, ein ernster Geist, vorzüglich geeignet für Geschäfte, kurz und fest bei den Sachen, kaltblütig, ehrlich, gewissenhaft, die Augen unverrückt auf einen Punkt gerichtet, ist er, soweit menschliches Urtheil reicht, genau der Mann, wie die Lage der Dinge ihn erheischt und unsre Nation für diese nationale Sache ihn wünschen muß. Die Schritte, welche er bis jetzt gethan, haben überall eine günstige Meinung für ihn erweckt, und soweit seine Persönlichkeit und die seiner Umgebung einen guten Ausgang des beginnenden großen Kampfes herbeizuführen vermögen, „wird gemacht werden, was gemacht werden kann“, — darauf mögen die Deutschen vertrauen.

### Der Congreß und Schleswig-Holstein.

Während alle Theilnahme und Aufmerksamkeit des preussischen Volkes gerichtet ist auf einen innern Conflict, dessen zunehmende Schärfe und Bitterkeit die Hoffnung auf eine befriedigende Lösung in weite Ferne gerückt hat, während Oestreichs leichtfertiges und unverantwortliches Vorgehen die Rivalität der beiden deutschen Großmächte zu einer Schroffheit gesteigert hat, die einen Augenblick von einem Abbruch aller freundschaftlichen Beziehungen nicht weit entfernt war, während so die Kräfte Deutschlands theils gelähmt, theils zerstückelt und unter sich uneinig sind, haben Ereignisse stattgefunden, welche Deutschland die Verpflichtung auflegen, alle seine Kräfte zu sammeln und zu einem entscheidenden Kampfe bereit zu halten.

Aus der polnischen Frage ist die Congreßfrage geworden. Der Aufforderung des Kaisers Napoleon gegenüber haben Preußen und Oestreich einen Entschluß zu fassen, der deshalb besonders schwierig zu fassen ist, weil über die Tragweite der kaiserlichen Einladung völlige Ungewißheit herrscht.

Vergleichen wir den vom Kaiser Napoleon beabsichtigten Congreß mit den zur Vergleichung herangezogenen von 1648 und 1814, so springt ein wesentlicher Unterschied sofort in die Augen. Der Congreß von Ösnabrück und Münster, wie der von Wien bildeten jeder den Abschluß einer langjährigen Kriegesperiode, in der die Kräfte fast aller europäischen Staaten sich miteinander gemessen und in dem Maße erschöpft hatten, daß der Frieden für alle ein Bedürfniß war. Sie zogen in gemeinsamen Verhandlungen aller beteiligten Staaten aus den vorhergegangenen kriegerischen Anstrengungen und dem durch diese bedingten und manifestirten Machtverhältnisse der einzelnen Staaten zu einander das Facit, welches bei der Allgemeinheit der vorhergegangenen Kämpfe nicht durch besondere Verträge gezogen werden konnte. Der neu hergestellte völkerrechtliche Zustand entsprach im Allgemeinen, wenn auch nicht durchweg, dem Maß von Erfolgen, welche die einzelnen Staaten in dem vorhergegangenen Kampfe davongetragen hatten; die gemeinsamen Bestrebungen der verhandelnden Mächte sollten zugleich, und dies war ein Vortheil für die besiegten und schwächeren Staaten, einen Zustand des Gleichgewichts herstellen, der eine gewaltsame Erschütterung des neu begründeten internationalen Rechtszustandes für die Zukunft möglichst erschweren sollte.

Gegenwärtig ist die Lage der Dinge eine ganz andere. Zwar in ihrer Integrität bestehen die wiener Verträge nicht. Durch einzelne Kriege und revolutionäre Erschütterungen ist der durch sie gegründete völkerrechtliche Zustand bedeutend verändert worden. Alle diese Veränderungen sind aber bei weitem zum größten Theil von allen Mächten anerkannt worden; und selbst das jüngste Glied des Staatensystems, das Königreich Italien, ist wenigstens von der Mehrzahl der Mächte in die europäische Familie feierlich recipirt worden. Daneben schwebt aber eine Anzahl noch ungelöster Fragen; andere Fragen, und vielleicht die umfassendsten von allen, schlummern im Hintergrunde. Was soll bei dieser Lage der Dinge ein allgemeiner Congreß? Soll er die bereits vollendeten, größtentheils allgemein anerkannten Veränderungen durch einen gemeinschaftlichen feierlichen Act in das europäische Völkerrecht aufnehmen, gewissermaße eine Ergänzungsacte zu den wiener Verträgen redigiren, oder soll er auch die noch schwebenden Fragen vor sein Forum ziehen und wohl gar andere augenblicklich ruhende Fragen in Bewegung bringen?

Daß es nicht in der Absicht des Kaisers Napoleon liegt, einen Congreß nach Paris zusammenzuberufen, um eine Reihe von faits accomplis in die Protokolle des europäischen Völkerrechts einregistriren zu lassen, braucht nicht erst bewiesen zu werden. Auch daß seine Absicht sich etwa darauf beschränken sollte, Oestreich mit Italien zu versöhnen, wird Niemand glauben. Seine Absicht kann nur dahin gehen, alle schwebenden Fragen in der weitesten Bedeutung des Wortes zur Verhandlung zu bringen. Dies wäre nichts Anderes, als auf

friedlichem Wege eine Aufgabe zu lösen, die nach der bisherigen Praxis stets nur nach vorhergegangenen Kämpfen für eine Lösung reif geworden ist. Ob diese Aufgabe, wie einmal die Natur der Menschen und der menschlichen Dinge ist, möglich ist, ob der Kaiser Napoleon selbst an die Möglichkeit derselben glaubt, das mag hier unerörtert bleiben. Das Eine aber müssen wir sehr bestimmt hervorheben, daß, wenn die Aufgabe mißlingt, das Werk des Friedens unbedingt in ein Werk des Krieges umschlägt, und daß, kommt eine Einigung nicht zu Stande, der Erfolg des Congresses nur der sein wird, die Gruppierung der Mächte für den bevorstehenden Weltkrieg vorzubereiten. Daß es aber, falls der Congreß zu Stande kommt, einer einzelnen Macht, welche ein Interesse daran hat, daß die Thätigkeit desselben sich nur auf die gemeinsame Sanctionirung der bereits vollzogenen Thatfachen beschränke, gelingen würde, die schwebende Frage von der Berathung auszuschließen, ist durchaus nicht anzunehmen. Eine durch ein im Voraus aufgestelltes Programm bedingte Zusage, den Congreß zu beschicken, würde von Napoleon je nach der Lage der Dinge, die in kurzer Zeit bedeutende Veränderungen erleiden kann, entweder als eine Ablehnung angesehen werden, oder er würde das Programm ignoriren, die Zusage acceptiren und im Uebrigen sich vorbehalten, auf dem Congresse so aufzutreten, wie es ihm die Umstände gestatten.

Bedeutungsvoller als die Manifestationen eines einzelnen Cabinetes wäre allerdings ein Gesamtprogramm mehrerer Mächte, wie denn die wiener Presse bereits vor mehren Tagen von einer Vereinbarung zwischen Preußen, Oestreich und England sprach. Ein derartig bestimmt formulirtes und für alle Fälle scharf präcisirtes Programm wäre die Grundlage einer Coalition gegen Frankreich und dessen Verbündete. Daß wir ein Zusammengehen Preußens, Oestreichs und Englands in einer allgemeinen europäischen Krisis mit Freuden begrüßen würden, brauchen wir nach unsern früher dargelegten Ansichten nicht erst zu versichern; wohl aber bezweifeln wir, daß in diesem Augenblicke diese drei Mächte im Stande sind, sich über eine gemeinsame Action zu vereinigen. Ueber ein abwehrendes negatives Verhalten, über eine gemeinsame Auffassung bereits abgethaner Fragen mag man sich immerhin verständigen. Was ist aber damit gewonnen? Weiter nichts, als daß man einer Coalition, die möglicherweise ihre Festigkeit in einem Weltkriege zu erproben haben dürfte, gleich bei ihrem Entstehen die Keime des Mißtrauens und der Zwietracht einpflanzt: eines Mißtrauens, das ähnlich wie 1792 das Verhältniß zwischen den Verbündeten von vornherein vergiftet, einer Zwietracht, die in dem Augenblicke ausbrechen wird, sobald der Gegner die Verbündeten nöthigt, zu einer der noch schwebenden Fragen eine bestimmte Stellung einzunehmen; und daß er dazu nicht etwa eine Frage wählen wird, in der die Glieder der Coalition einig sind, ist seiner Klugheit wohl zuzutraun.

Zwei Differenzen sind es besonders, die einem Bündnisse der genannten drei Mächte entgegenstehen. Zunächst ist es einleuchtend, daß, so lange Oestreichs und Preußens Antagonismus in der deutschen Frage fort dauert, diese beiden Staaten nicht daran denken können, sich über ihre europäische Politik so weit zu verständigen, daß wir ohne Besorgniß einem allgemeinen Krieg mit unbestimmten Zielen entgegensehen könnten. Ihr Verhältniß zu einander ist schroffer, als es zur Zeit der Revolutionskriege war. Und die Macht, die damals noch nicht bestand, die gegenwärtig aber kräftig danach ringt, zu selbständiger Geltung zu gelangen, der deutsche Einheitstrieb, dessen Beruf es recht eigentlich zu sein scheint, die Rivalen zusammenzuhalten, diese Macht kann unter Umständen gerade die Wirkung ausüben, die Entzweiung unter den Großmächten auf den höchsten Grad zu treiben. Wenn die Gegner Preußens dieses beschuldigen, durch seinen Widerstand gegen die Reformprojecte den Conflict gesteigert zu haben, wenn sie ihm zumuthen, ein einheitliches Auftreten Deutschlands durch ein Eingehen auf die östreichischen Entwürfe zu ermöglichen, so vergessen sie, daß Preußen der angegriffene Theil ist, daß es sich mit der bescheidenen Rolle begnügt, seine europäische Großmachtsstellung, die doch der Hoffnungsanker der deutschen Einheit ist, gegen ein ganz unerhörtes, mit einer beispiellosen Leichtfertigkeit in Scene gesetztes Attentat zu vertheidigen; sie bedenken nicht, daß ein neuer ostmüher Vertrag im Angesichte eines europäischen Krieges die Keime der furchtbarsten Zwietracht in sich tragen würde und leicht der Anfang von Deutschlands Ende sein könnte. Will Oestreich, welches doch wahrlich nicht in der Lage ist, Preußen gegenüber die Rolle des Protector's zu spielen (wir erinnern hier nur an Galizien!), sich des Einvernehmens mit Preußen in einem europäischen Conflict versichern, so muß es zuerst in unzweideutigster Weise auf seine Reformidee verzichten, d. h. es muß sich offen von seinen würzburger Bundesgenossen lossagen, und diesen durch Entziehung seines Beistandes zugleich die Macht entziehen, diejenigen Bande gemeinschaftlicher Interessen zu zerreißen, die zwischen dem Süden und Norden Deutschlands noch bestehen. Das Scheitern seines neuesten mit so prunkvoller Schaustellung in Angriff genommenen Reformproject's sollte doch ein ernster Fingerzeig für Oestreich sein, daß es mit seiner deutschen Politik sich auf falschen Wegen befindet, daß es sich in Widersprüchen bewegt, die ihm die Lösung seiner innern Aufgabe zur Unmöglichkeit machen, und daß es, indem es Preußen zum Vasallen pressen will, einen Zwiespalt in Deutschland entzündet, dessen Folgen einst nirgends schwerer, als gerade in Wien werden empfunden werden. Kann es Oestreich, trotz dieser neuesten Erfahrung, nicht über sich gewinnen, einen Kampf aufzugeben, der gegen die Grundlage der preußischen Machtstellung gerichtet ist, so würde ein Bündniß zwischen Preußen und Oestreich eine innere Unwahrheit sein und für Deutschland die Quelle des furcht-

barsten Unheils werden. Je klarer dies allseitig erkannt wird, desto besser ist es.

Aber auch zwischen uns und England besteht eine Differenz, die in dem gegenwärtigen Augenblicke ein Zusammenwirken dieses Staates mit Deutschland, sei es auf dem Congresse, sei es, um die Congressidee zu bekämpfen, unmöglich macht. Vor acht Tagen wäre es vielleicht möglich gewesen, die schleswigsche Frage so weit zu umgehen und als ein *noli me tangere* bei Seite zu schieben, daß sie einer vorläufigen gemeinsamen Action Englands und der deutschen Mächte nicht unbedingt hindernd im Wege gestanden hätte. Seit dem Tode König Friedrichs ist dies nicht mehr möglich. Die wichtigste Frage für Deutschlands, für Preußens Zukunft, das Loos Schlesiens, ist rasch und unerwartet in den Vordergrund der europäischen Politik getreten; und rasch, wie sie sich aufgedrängt hat, heischt sie eine Lösung. Ernster als je zuvor ist an Deutschland die Mahnung getreten, sich seiner nationalen Pflicht zu erinnern. Der Herzog Friedrich von Augustenburg hat feierlich sein Recht als Herzog von Schleswig und Holstein in Anspruch genommen, König Christian hat die Gesamtverfassung für Dänemark und Schleswig unterzeichnet und damit definitiv die deutschen Großmächte von ihren in dem londoner Protokolle eingegangenen Verpflichtungen losgesprochen. Der Herzog von Koburg (und dies macht in unsern Augen den falschen Schritt, zu dem dieser treffliche Fürst in der deutschen Frage sich hat treiben lassen, reichlich wieder gut hat, der Erste unter den deutschen Fürsten, den legitimen Herzog von Schleswig-Holstein mit rascher Entschiedenheit anerkannt. Andere Fürsten sind gefolgt. Der badensche Bundestagsgesandte hat die Vollmacht des Herzogs Friedrich von Schleswig-Holstein für die holsteinsche Stimme am Bundestage vorläufig übernommen. Und was wird Preußen thun? Ist es bereit, indem es das Schwert für Deutschlands Ehre zieht, die Frage der deutschen Einheit da zu entscheiden, wo sie allein zum Heile Deutschlands entschieden werden kann — jenseits der Eider?

Aber es gilt rasches und entschiedenes Handeln. Wir haben in dieser Frage außer Frankreich und Rußland auch England gegen uns. Wir haben Oestreich in diesem Kampfe wahrscheinlich nicht für uns, können aber hoffen, es durch die Entschiedenheit unseres Auftretens auf unsere Seite zu ziehen. Wir dürfen diese Frage nicht der Entscheidung eines pariser Congresses überlassen. Denn auf einem Congresse würde dieselbe ein Bindemittel für England, Rußland und Frankreich werden und so eine äußerst gefährliche zunächst diplomatische Coalition gegen uns hervorrufen, und es stände zu befürchten, daß England in diesem Falle sich soweit engagirte, daß es schließlich auch an kriegerischen Maßregeln zu Gunsten Dänemarks theilnehmen müßte. Soll daher die Frage überhaupt in Angriff genommen werden, so muß dies so rasch geschehen, daß ihre Entscheidung dem Congresse als eine vollendete Thatsache

vorgelegt werden kann. Gewiß wird England einem Vorgehen Deutschlands durch Vermittelungsversuche diplomatische Hindernisse in den Weg legen. Ist Schleswig aber einmal befreit, so wird es schwerlich deshalb in Verbindung mit Frankreich und Rußland den Krieg beginnen, der Frankreich im Falle des Gelingenß Belgien und die Rheinprovinzen überliefern würde, und der auch im Hinblick auf unruhige Zustände in den Donauprovinzen sich schwerlich würde localisiren lassen. Es ist aber bei der Rivalität der beiden Westmächte auf fast allen Punkten der Erde nicht glaublich, daß England einen Krieg in Gemeinschaft mit Frankreich unternehmen wird, den es nicht die Gewißheit hat localisiren zu können, weil es beständig fürchten müßte, an den ihm wichtigsten Punkten dem Rivalen gerade in die Hände zu arbeiten.

Wir gestehen, daß wir dem bisherigen Verlauf der holsteinischen Angelegenheit mehr mit Besorgniß, als mit Hoffnung gefolgt sind, zunächst weil die Gleichgiltigkeit der Nation gegen das von dem Bundestage unternommene, von dem verdächtigen Eifer der Mittelstaaten betriebene Werk der Bundes-execution unverkennbar war, sodann weil jedes bundesmäßige Vorgehen wegen Holsteins die Sache Schleswigs unrettbar zu compromittiren drohte, endlich weil Preußens innere Verhältnisse eine auswärtige Verwickelung als Zugabe wenig wünschenswerth erscheinen ließen. Gegenwärtig ist die Lage der Dinge völlig umgestaltet. Die Frage, ob es für Preußen heute wünschenswerth ist, in einen Krieg verwickelt zu werden, kann da nicht in Betracht kommen, wo es sich um die Benutzung des entscheidenden Momentes handelt, der sich zur Rettung eines deutschen Landes darbietet. Das Ziel des Kampfes ist ferner so klar und bestimmt vorgezeichnet, daß keine politische Intrigue es verrücken kann. Geht Preußen entschlossen vor, so kann keine deutsche Regierung zurückbleiben; ja wir glauben, daß, selbst wenn Preußen schwankt, die Volksstimme in den meisten deutschen Staaten auch die im Innern widerstrebende Regierung nöthigen würde, wenigstens am Bundestage für die Rechte des Herzogs von Augustenburg einzutreten. Oestreich aber würde durch ein entschlossenes Vorgehen Preußens in die Alternative gebracht werden, für immer jedem Anspruch in Deutschland zu entsagen oder mitzukämpfen für die deutsche Sache. Wir schlagen die Gefahren des Kampfes nicht gering an und verbergen uns keineswegs die Möglichkeit, daß derselbe die größten Dimensionen annehmen, daß er den ganzen Continent ergreifen kann. Aber wir sind auch überzeugt, daß der Preis, sowohl für Preußen, wie für Deutschland, der Arbeit und des Ringens werth ist, und daß eine nationale Pflicht, die niemals ungestraft verlegt wird, zum raschen Handeln treibt. Bleibt die schleswigische Angelegenheit eine offene Frage für den Congreß, so ist Schleswigs Schicksal vielleicht für immer entschieden; wenigstens entziehen sich die Wege, auf denen es dann vielleicht einst seiner alten Verbindung und seinem alten Rechte wiedergegeben wird, jeder Berechnung.

Will aber Preußen die Aufgabe übernehmen, die ihm wider Erwarten rasch von der Vorsehung geboten wird, so ist dringend zu wünschen, daß der innere Conflict schnell und in befriedigender Weise beigelegt werde. Wir hoffen, daß unter allen Umständen das Abgeordnetenhaus in dieser Sache dem Ministerium, wenn dies die Angelegenheit in dem Sinne auffaßt, wie die deutsche Ehre es verlangt, seine Unterstützung nicht versagen und daß es, wenn die Regierung zaudert und schwankt, sie zu einem kräftigen Entschluß drängen wird, ohne jeden Seitenblick auf die traurige innere Lage des Landes. Das fordert die Pflicht. Es gilt hier eine Selbstüberwindung zu üben, deren Lohn nicht ausbleiben kann. Auf die frische Begeisterung aber, in der alle Kräfte auf das eine Ziel der nationalen Ehre gerichtet sind, auf die Opferfreudigkeit, welche im Stande ist, die Kräfte Preußens zu verdoppeln, können wir nur dann rechnen, wenn der Friede zwischen Haupt und Gliedern wieder hergestellt ist. Wir glauben, daß in den Verhältnissen eine dringende Mahnung liegt, daß das Wort des Friedens, die Anerkennung des verfassungsmäßigen Rechtes des Abgeordnetenhauses bei Bestimmung des Budgets an entscheidender Stelle hochherzig und vertrauensvoll gesprochen werde. Ein günstigerer Moment zur Beilegung eines Conflictes, der doch einmal beigelegt werden muß, wird schwerlich wieder eintreten.

### Vermischte Literatur.

Kurze Geschichte des Freiheitskriegs von 1813. — Zur rechten Würdigung der wahren Bedeutung dieser Kämpfe. Von Dr. Usinger. Coburg, F. Streits Verlagsbuchhandlung. 1863. 61 S.

Wir empfehlen diese für das populäre Bedürfniß bestimmte kleine Schrift, deren Verfasser sich auch auf dem Felde der strengen Wissenschaft, durch Revision und werthvolle Bereicherung der Handschrift von Siegfried Hirschs „Geschichte Heinrichs des Zweiten“ Verdienste erworben hat, als durchweg vom Standpunkte d. Bl. geschrieben, auf das Wärmste. Die Darstellung ist lebendig und so anschaulich als ihre Gedrängtheit gestattete, die Bedeutung des großen Kriegs schlagend nachgewiesen, die Schlußbetrachtung über die Früchte des Sieges für Deutschland besonders denen zu empfehlen, die kleingläubig an Preußens Zukunft verzweifeln, weil seine Gegenwart verdunkelt ist. Sehr zeitgemäß ist namentlich, daß der Verfasser hauptsächlich den Ton auf die Verdienste Preußens bei diesen Kämpfen legt. Die Last der ungeheuren Arbeit fiel in Deutschland fast allein auf diesen Staat. Raum hätten wir je unsere Unabhängigkeit und unsere nationale Ehre wieder-